

Es riecht nach Watergate

USA Donald Trump soll Ex-FBI-Chef Comey gebeten haben, Ermittlungen gegen Flynn einzustellen

VON RENZO RUF, WASHINGTON

Eigentlich könnte sich John Dean zur Ruhe setzen und das milde Klima an der Westküste geniessen. Doch der 78-jährige ist dieser Tage ein gefragter Gesprächspartner - auf dem Nachrichtensender CNN ist der rüstige Senior (als bezahlter Kommentator) nahezu täglich zu sehen. Das hat vor allem mit seiner Vergangenheit zu tun: Dean amtierte von 1970 bis 1973 als Rechtsberater des republikanischen Präsidenten Richard Nixon. Er befand sich damit im Zentrum der Macht, als der Watergate-Skandal explodierte. Weil er dabei eine zentrale Rolle spielte - Dean hatte von Beginn weg Kenntnis von den ungesetzlichen Vorgängen im Weissen Haus -, begann sich auch die Justiz für ihn zu interessieren. Und weil er nicht jahrelang hinter Gitter wandern wollte, wurde aus dem Rechtsberater des Präsidenten der Kronzeuge der Anklage.

Vierzig Jahre später ist es Deans Aufgabe, Vergleiche zwischen Nixon, der 1974 zurücktreten musste, und dem heutigen Bewohner des Weissen Hauses zu ziehen. Dieser Aufforderung kommt der geläuterte Kriminelle gerne nach - auch weil ihm Präsident Donald Trump ständig neues Material liefert. So sagte Dean am Dienstagabend: er sehe eine «direkte Parallele» zwischen den neusten Enthüllungen im Umfeld von Präsident Trump und der so genannten «Smoking Gun»-Tonbandaufnahme aus dem Jahr 1972, die Nixon letztlich das Genick brach.

Flynn «springen lassen»

Auf den ersten Blick sind die Parallelen in der Tat augenfällig. Das «Smoking Gun»-Tonband dreht sich um ein Gespräch zwischen Präsident Nixon und seinem Stabschef, in dem die beiden nach Wegen suchen, die Bundespolizei FBI von weiteren Watergate-Ermittlungen abzuhalten. Und am Dienstag berichtete die «New York Times», dass Präsident Trump im Februar den damaligen FBI-Direktor James Comey aufgefordert habe, die Ermittlungen gegen den ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn einzustellen. Wörtlich soll Trump im Oval Office des Weissen Hauses zu Comey gesagt haben: «Ich hoffe, Sie können es ermöglichen, dies fallen zu lassen, Flynn springen zu lassen.»



US-Präsident Donald Trump kommt nicht aus der Schusslinie: Jetzt fordern die ersten Abgeordneten gar ein Amtsenthebungsverfahren. MICHAEL REYNOLDS/EPA/KEYSTONE

SCHÜTZENHILFE VON PUTIN

Moskau eilt Präsident Trump zu Hilfe

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Mittwoch seinem amerikanischen Amtskollegen mit einem ungewöhnlichen Angebot zu Hilfe geeilt. Putin bot an, dem US-Parlament ein Protokoll des Gesprächs zur Verfügung zu stellen, das Aussenminister Lawrow in der vorigen Woche im Weissen Haus gehabt hatte. An dem Treffen war auch Botschaf-

ter Sergei Kislyak zugegen. Die «Washington Post» hatte den Vorwurf erhoben, Trump habe während der Unterredung den Russen streng geheime Informationen verraten. Die Informationen drehten sich um Anschläge des IS, und den Bemühungen der Terrororganisation, die Sicherheitskontrollen an internationalen Flughäfen zu umgehen. (RR)

Denn Flynn sei ein «guter Kerl» und verdiene es deshalb nicht, Rechtsprobleme zu bekommen.

Das Vieraugengespräch zwischen Trump und Comey soll sich kurz nach dem Abgang Flynn ereignet haben. Der Nationale Sicherheitsberater wurde am 13. Februar gefeuert, weil er seinen Vorgesetzten im Weissen Haus die Unwahrheit über Diskussionen gesagt haben soll, die er im Dezember mit dem russischen Botschafter geführt hatte. Dem ehemaligen General wird zudem vorgeworfen, er habe ohne Erlaubnis des Pentagons und des Aussenministeriums Honorare von russischen und türkischen Regierungsstellen entgegengenommen - und damit gegen Strafgesetze verstossen.

Findet Memo!

Allem Anschein nach weigerte sich Comey aber, den Wunsch des Präsidenten zu erfüllen. Die FBI-Ermittlungen gegen Flynn (und auch die Ermittlungen im Zusammenhang mit den russischen Einmischungsversuchen in den Wahlkampf 2016) dauern an. Auch deshalb wurde Comey in der vorigen Woche entlassen, wie Präsident Trump öffentlich zugab.

Comey soll von dem Gespräch mit Trump ein Protokoll angefertigt haben - so wie er jeden Kontakt mit dem Präsidenten schriftlich dokumentiert habe, wie es aus seinem Umfeld heisst. Das Weisse Haus allerdings bestritt in einer Stellungnahme, dass Trump den FBI-Direktor gebeten oder aufgefordert habe, die Ermittlungen gegen Flynn einzustellen. Das Gesprächsprotokoll Comeys sei weder «wahrheitsgemäss» noch «akkurat». (Die Notiz wurde bisher nicht publik gemacht.)

Im Parlament schrillten dennoch die Alarmglocken. Demokraten sprachen am Mittwoch offen über ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump, weil der Präsident die Arbeit der Justiz behindert habe - eine Straftat («Obstruction of Justice»), die bereits Nixon und Präsident Bill Clinton zur Last gelegt worden war. Hochrangige Republikaner im Senat und Repräsentantenhaus zeigten sich besorgt, warnten aber vor überstürzten Schlussfolgerungen. In einem nächsten Schritt soll nun Comey als Zeuge vorgeladen werden.

Für John Dean bedeutet dies: Seine Dienste werden noch lange gefragt sein.

USA

Chelsea Manning aus Gefängnis entlassen

Die Wikileaks-Informantin Chelsea Manning ist nach fast sieben Jahren aus der Militärhaft in den USA entlassen worden. Die 29-jährige wurde am Mittwoch aus dem Gefängnis Fort Leavenworth im Bundesstaat Kansas entlassen, wie eine Armeesprecherin mitteilte. In der Haftzeit unterzog sich Manning einer Geschlechtsumwandlung. Sie unternahm zudem Berichte zufolge zwei Suizidversuche. Manning war unter anderem wegen Spionage zu 35 Jahren Militärhaft verurteilt worden und hat davon knapp sieben Jahre abgesessen. Präsident Barack Obama hatte die Strafe kurz vor dem Ende seiner Amtszeit verkürzt. Chelsea Manning hatte noch unter ihrem früheren Namen Bradley Manning Hunderttausende Dokumente aus Armeebeständen über Vorkommnisse bei den Kriegen im Irak und in Afghanistan an die Enthüllungsplattform Wikileaks weitergeleitet. Der Wikileaks-Gründer Julian Assange bezeichnete die Freilassung Mannings als «epischen Sieg». «Ich kann nicht abwarten, sie zu treffen», twitterte er. (SDA)

Terrorist Amri

Anzeige gegen Ermittler wegen Verschleierung

Die Berliner Landesregierung hat im Fall Amri Strafanzeige gegen Mitglieder des Landeskriminalamtes (LKA) gestellt. Ihnen wird vorgeworfen, entscheidende Ermittlungsergebnisse zum Attentäter Anis Amri zurückgehalten und möglicherweise auch manipuliert zu haben. Es sei Anzeige wegen Strafreitelung im Amt gestellt worden, sagte Innenminister Andreas Geisel am Mittwoch in Berlin. Es sei ein neues Dokument aufgetaucht, in dem Amri bereits im November gewerblichen Drogenhandel vorgeworfen worden sei. Der Tunesier Amri war am 19. Dezember mit einem Lastwagen in den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche gerast. Er tötete zwölf Menschen, 67 wurden bei dem bislang folgenschwersten islamistischen Terroranschlag in Deutschland verletzt. (SDA)

Macrons deutschfreundliche Regierung

Frankreich Viele Frauen, viele Nichtpolitiker - und sogar einige Gegner: Präsident Emmanuel Macron drückt der Regierung seinen Stempel auf.

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Der «Mozart der Finanz», wie Macron schon genannt wurde, weiss auch eine Ministerliste zu komponieren. Neben dem bereits am Montag ernannten Premier Edouard Philippe warb er den konservativen Republikanern weitere prominente Namen ab: Bruno Le Maire, ein Ex-Minister von Nicolas Sarkozy, wird das Wirtschaftressort übernehmen, Gérard Darmanin die Finanzen.

Mit diesen Zuzügen schwächt und spaltet Macron das bürgerliche Lager vor den Parlamentswahlen im Juni. Aber auch an sozialistischen Überläufern fehlt es nicht: Der Verteidigungsminister von Ex-Präsident François Hollande, Jean-Yves Le Drian, wird Macrons Aussenminister. Der Bürgermeister von Lyon, Gérard Collomb, wird Innenminister.

Von der Mittepartei Modem wird François Bayrou mit dem Posten des



Jean-Yves Le Drian (Äusseres/Europa).

Justizministers dafür belohnt, dass er Macron im Wahlkampf mitentscheidend unterstützt hatte. Seine Weggefährtin Sylvie Goulard übernimmt das Verteidigungsministerium. Die wenig bekannte Liberaldemokratin wird bereits mit der deutschen Amtskollegin Ursula van der Leyen verglichen.

Abgesehen von Goulard müssen die Frauen mit zweitrangigen Posten vorliebnehmen, auch wenn Macron die versprochene gestellte Geschlechterparität wahrte. Ausserdem beruft er zur Hälfte Nichtpolitiker - eine Ärztin, eine Sportlerin, eine Verlegerin, einen Internet-Unternehmer und mehrere Spitzenbeamte. Der populäre Ökologe und



Sylvie Goulard (Verteidigung).

Ex-TV-Journalist Nicolas Hulot wird Umweltminister, nachdem er diesen Posten sowohl unter Hollande wie Sarkozy abgelehnt hatte.

Klassisch statt revolutionär

Die Regierung trägt Macrons Handschrift: Scheinbar neuartig, ist ihre Zusammensetzung in Wahrheit eher klassisch. Frauen und Nichtpolitiker in unteren Chargen zu berufen, war schon unter Sarkozy und Hollande, ja sogar unter ihrem Vorgänger Jacques Chirac beliebt gewesen. Auch das Nebeneinander von konservativen und sozialistischen Ministern hatte Sarkozy bereits 2007 anlässlich seiner «Ouverture» praktiziert.



Bruno Le Maire (Wirtschaft).

Macron geht indes einen Schritt weiter und nähert sich den grossen Koalitionen des deutschen Sprachraums an - mit einer Verteidigungsministerin, einem konservativen Finanzminister und einem sozialdemokratischen Aussenminister. Das unterstreicht, dass die französische Regierung mit Macron, Philippe und Le Maire ausgesprochen deutschfreundlich ist. Ein Sprecher der sozialistischen Partei kritisierte zwar, das Wirtschafts- und Finanzministerium sei nun «fest in der Hand der liberalen Rechten». Dabei muss es aber nicht bleiben: Nach den Parlamentswahlen von Juni dürfte Macron die Regierung bereits dem Wahlergebnis anpassen.

Europafeinde bleiben draussen

Hingegen unterstreicht seine Regierung eine Polarisierung, die sich schon im Präsidentschaftswahlkampf in voller Schärfe abgezeichnet hatte. Macrons liberales, proeuropäisches Regierungslager verkörpert letztlich nur die urbanen, gebildeten Wählerschichten; ausser vor bleiben die europafeindlichen Globalisierungsverlierer und Landregionen, die im Wahlkampf den Rechts- und Linkspopulisten zuneigten. Die Front National-Kandidatin Marine Le Pen und der Linksfrontvorsteher Jean-Luc Mélenchon werfen denn auch die an der Regierung beteiligten Parteien in den gleichen Topf. Und sie behalten ihre Wähler auch bei den Parlamentswahlen. Frankreich bleibt nicht nur politisch, sondern auch soziologisch ein tief gespaltenes Land.